



„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ werden fortgesetzt...
Nr. 408
46. Jahrgang

Verlagspreis: 1 Mark 20 Pf.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 408
46. Jahrgang
Sonntag
12. August 1917

Gerüchte vom Rücktritt Poincarés.

Rücktritt der englischen Minister Henderson und Neville Chamberlain.

Bern, 11. August. (W. T. Z.)
Die das „Berliner Tageblatt“ aus Paris er-
fährt, hat Poincaré Ribot mitgeteilt, daß er
zurückzutreten beabsichtige. Ribot hat
nach Befragung seiner Kollegen Poincaré ge-
beten, die Angelegenheit bis zum Zusammentritt
der Kammer zu vertagen. (Die Kammer tritt
am 18. September wieder zusammen. Die Red.)
Ob die Nachricht des Berner Blattes zutreffend ist, läßt sich
in gegenwärtigen Augenblick nicht sagen. Freiwillig
würde Herr Poincaré, der den höchsten Staatsposten mit
heiligem Bemühen erfüllt hat, das Amt nicht verlassen — nur
unter einem trügerischen Druck, ersten Bedrohungen weidend,
würde er gehen. Wird ein solcher Druck gegenwärtig aus-
geübt? Die französischen Blätter legen kein Wort davon, aber
unmöglich ist es nicht. Es heißt fest, daß Herr Poincaré in
Frankreich seit langem unpopulär ist und beim Publikum
jede Sympathie, bei den Abgeordneten und Senatoren jede
Autorität verloren hat. Seit er, vor der Karmelschicht, so eilig
aus Paris nach Bordeaux floh, ist sein Glanz dahin. In den
Geheimstimmungen der Deputierten kammer, die am 1. und 2. Juni auf Verlangen der Sozialisten verurteilt
wurden, liegen dann die beiden sozialistischen Abgeordneten
Ribot und Cochet in der Tat, die in dem Dokumenten beweisen,
daß Poincaré, ohne das Ministerium und das Parlament zu
betragen, im Januar 1917 den französischen Vorkämpfer in
Frankreich zum Abschluß eines Vertrages ermächtigte, der
Frankreich im Falle des Sieges Gleichberechtigungen und das
Satzgebiet zurückerlangt und ferner festsetzt, das links übernehmern
soll von Deutschland losgelöst werden und ein Vorkämpfer
sein. Erst später hat Poincaré die Zustimmung des Minister-

präsidenten Briand zu diesem Vertrage eingeholt. Die russische
Revolutionärsregierung, die das Dokument vorgelesen hatte,
wollte seine Gültigkeit nicht anerkennen und hatte Ribot und
Cochet mit den weiteren Schritten betraut.
In den Geheimstimmungen äußerte sich, wie es scheint, die
Entnützung über das eigenmächtige Vorgehen des Herrn Poin-
caré sehr heftig und nicht nur in den Reihen der sozialistischen
Partei. Herr Ribot, Briands Nachfolger, sagte, daß er an dem
Vertrage nicht festhalte und desavouierte damit den
Präsidenten der Republik. Die Kammer nahm einstimmig eine
Zusammenkunft an, welche die französischen Kriegsspiele neu fest-
stellte, noch von Gleichberechtigungen aber nicht mehr von dem
übrigen sprach. So war die Unterdrückung des Herrn Poincaré
für nun gültig erklärt. Dem französischen Publikum wurden,
obgleich die Presse nichts über den Verlauf der Geheimstimmungen
berichtet, diese Ereignisse schnell bekannt, die nichtfranzösi-
sche Welt wurde zuerst durch die „Berliner Tageblatt“, dann durch
die Mitteilungen des Reichsanwalts Michaels in-
formiert. Herr Poincaré ist auf das äußerste
bloßgestellt, vom Parlamente abgelehnt, von der
öffentlichen Meinung, die ihm schon vorher nicht günstig war,
verurteilt, und es wäre nur logisch, wenn er sich jetzt gezwungen
sehen sollte, die Konsequenzen zu ziehen.
Er wurde am 15. Januar 1913 in Versailles als Nachfolger
Fallières zum Präsidenten gewählt. In der zweiten Abstimmung
legte er mit den Stimmen aller Nationalisten und Klerikalen
über die Gegenkandidaten, den radikalen Herrn Pams.
Die Präsidenten der Republik werden für einen Zeitraum von
sieben Jahren ernannt. Wenn alles nach der Regel verlief,
würde die Präsidentenschaft Poincaré also erst am 15. Januar
1920 zu Ende gehen. Es ist anzunehmen, daß sie unter allen
Umständen früher endigen wird. Und es ist, wie gesagt, sehr
möglich, daß Herr Poincaré sich schon heute einem Zwange,
die Würde niederzulegen, gegenübersehen.

Die Anfänge der parlamentarischen
Regierung und des gleichen Wahl-
rechts in Preußen.

Von [Redaktion verboten.]
Max Lehmann.
Niemand scheint uns mehr berufen zu sein, die An-
fänge der parlamentarischen Regierung und des all-
gemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen darzulegen,
als Professor Max Lehmann in Göttingen, der
Biograph des Freiherren von Stein. Der Göttinger
Historiker hat aus der Geschichtsschreibung, die eine
Nüchternheit sein soll, niemals eine Dinerin gemacht.
Die Redaktion.

Der 18. März 1848 war vorüber. Die Truppen, die in
Berlin geschossen hatten, waren abgezogen, ein neues Mini-
sterium gebildet, und Friedrich Wilhelm IV. hatte der preussischen
Nation Versprechungen für ihre konstitutionelle Zukunft ge-
geben. Aber sie waren allgemein und unbestimmt gehalten,
neue populäre Forderungen lauschten auf, denen sie
der König und sein Ministerpräsident Graf Arnim am
22. März fügte. Die für den Moment wichtigste
Zusage war die eines vollständigen Wahlrechts,
das eine auf Urwahlen gegründete, alle Interessen des
Volkes ohne Unterschied der religiösen Glaubensbekenntnisse
umfassende Vertretung herbeizuführen geeignet sei. Preußen
besaß bereits eine Art Parlament, die eigentliche Schöpfung des
Monarchen; den auf altständlicher Grundlage errichteten „Ver-
einigten Landtag“, der sollte, darauf bestand der König, das
neue Wahlrecht herbeizuführen. Schleunige Beratung wurde
versprochen, und in der Tat erfolgte sie alsbald, auf den 2. April.
Einer besonderen Popularität hatte sich der Vereinigte Land-
tag niemals zu erfreuen gehabt, und weitere Kräfte empfanden
sehr seine Intervention als einen unwillkommenen Gemüts-
druck. Um so mehr hätte das Ministerium die Ausarbeitung der
Wahlvorlage beschleunigen müssen, aber es kam mit seinen
Berechnungen nicht zum Ziel; denn Anhänger und
Widerlächer der neuen Zeit, Gänge und Gänge,
hielten sich in ihm die Waage, und der Präsident selbst
war persönlich unbeliebt. Die noch immer sehr erregte,
durch kein „Gefühl“ über den „Belagerungszustand“
in Schranken gehaltene öffentliche Meinung wurde
ungebührlich; namentlich in der Hauptstadt, wo ja
kaum das zum Ton der Paraden aufgerissene Straßen-
pflaster wieder geschlossen war, aber auch in den Provinzen,
lauter und lauter erscholl der Ruf nach neuen Wählern,
und die unabsichtliche Ursache, die der Vereinigte Landtag
dies Jahr zuvor durch seine Lage bewirkt hatte, sorgte dafür,
daß die vollstimmigen Wählere nicht im ungefähren umher-
schweiften, sondern sich einmütig auf zwei Namen richteten:
Ludwig Camphausen und David Hansemann.
Zwei Kaufleute, die ihre Laufbahn als simple Handlungs-
gehilfen begannen; beide, jener schon durch Geburt, dieser durch
langjährigen Aufenthalt, der Rheinprovinz angehörig, also
den Ideen von 1789 zugeneigt, die sich hier unter dem kaiser-
lichen Regiment eingebürgert hatten.

Die Veränderungen im englischen Kabinett.

Die Ursachen des Rücktritts Hendersons.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)
Notterdam, 11. August.
Nach einer Meldung der „Wall Wall Gazette“ überreichte
der englische Minister Henderson Lord George sein
Rücktrittsgesuch, das am 10. August in London
über die Gründe des Rücktritts ist nach englischen Zeit-
schriften festzulegen: Der Teil der englischen Presse, der
vorige Woche vorausgesetzt hatte, daß die Konferenz des
deutschen Reiches, seine Vertreter nach Stockholm zu schicken,
veröffentlicht jetzt die Nachricht, Henderson habe der Kon-
ferenz oder den Arbeiterpartei angehörigen Ministern
eine Mitteilung vorenthalten, die er kurz vor Beginn
der Konferenz erhalten habe und nach der die jetzige
russische Regierung der Konferenz in Stock-
holm gleichgültig gegenüberstehe. Henderson
werde infolgedessen zurücktreten müssen.

noch die einzige Brücke zu dem Ausland, das er kennen
gelernt hat, alle.
Im ersten Teile der Arbeiterversammlung schien es sich
zu zeigen, daß die Arbeiterkonferenz mit überlegener Mehr-
heit die Entsendung von Delegierten nach Stockholm ab-
zulehnen würde. Nach der Währungsfrage wurde vom Saken-
arbeiterverband der Antrag gestellt, die Kon-
ferenz auf einen anderen Termin zu versetzen. Dieser
Antrag des Sakenarbeiterverbandes wurde jedoch durch
den ehemaligen Vorkämpfer von Varnes unterstügt.
Spät am Nachmittag, als die abendliche Entscheidung
schwebend schien, erhielt Macdonald das Wort. Er betonte,
daß die russische Frage ein unüberwindliches Hindernis
mache, die Konferenz unter der Beteiligung Eng-
lands stattfinden zu lassen. Unter dem Eindruck seiner
Worte wurde der Antrag der Sakenarbeiter schließlich ab-
gelehnt, da inzwischen auch der russische Vorkämpfer
der Arbeiterpartei eingegangen war, der der Teil-
nahme an einer rein beratenden Konferenz in Stockholm
zustimmte.

Die große Mehrheit der Delegierten, die schließlich für
die Teilnahme an der Konferenz in Stockholm stimmte,
ist dies vorwiegend auf Urwahlen zurückzuführen.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erzählt aus London:
Neville Chamberlain, der Organisator der
bürgerlichen Hilfsdienstpflicht, ist zurückgetreten.
Geddes wurde sein Nachfolger werden. Geddes ist augen-
blicklich Leiter des Werksamtes.

Henderson ist aus Schottland gebürtig (1863) und ging,
nachdem er die Volksschule besucht hatte, als Fernlehrerling in
eine große Metallfabrik, wo er sich 1883 bereits der gewerkschaft-
lichen Organisation dieses Industriezweiges anschloß. Bald
darauf wurde er zum Generalsekretär ernannt und be-
tätigte sich reger als liberaler Politiker und Wahlgänger der
politischen Partei. Als die Arbeiterpartei entstand (1900), war
Henderson Bürgermeister von Darlington, aber bereits den
Liberalen soweit entfremdet, daß er an den Wahlkämpfen
teilnahm und im Jahre 1903 als Arbeiterkandidat gegen die
Liberalen und Konservativen gewählt werden konnte. Vom
Jahre 1905 bis zum Mai 1915 war er teils Vorkämpfer, teils
Sekretär der Arbeiterpartei und trat dann mit Zustimmung
dieser Partei in die Koalitionsregierung ein. Am Ende der
letzten Jahre war er Unterrichtsminister, Arbeitsminister und
Pensionsminister ohne Portfeuille. Einer seiner Söhne fiel
in der Schlacht an der Somme. (Beleg. Seite 2.)

Wir Henderson hatte die Frage der Teilnahme an der
Stockholmer Konferenz vorwiegend latente Bedeutung,
und zwar nach zwei Richtungen. Erstens in Bezug auf die
in diese Tage England, von der Henderson nicht ge-
sprochen hatte. Eine Zweifel besteht aber für die englische
Regierung ein Grund, der Stimmung in den Arbeiter-
kreisen ein Ventil zu schaffen und den Beweis zu liefern,
daß sie jede Möglichkeit in Betracht zieht, den Krieg zu
verkürzen voranzusetzt, daß ihre eigenen Kräfte nicht
respektiert werden, zu denen sich die englische Arbeiter-
schaft zum großen Teile ohne Zweifel im unklaren aber
dennoch tragweite, mitteilt. Das geht klar aus dem
Wortlaut des Beschlusses der Konferenz, die die Stock-
holmer Angelegenheit nach außen hin liegt, und in
den Beziehungen zu Russland. Davon hat
Henderson vorwiegend gesprochen. Der russische
Sozialismus hat sich dem deutschen das Socia-
lismus gemeinsam. Die russische Arbeiter-
bewegung ist im Gegensatz zur englischen vorwiegend
sozialistisch und der Gedanke der internationalen
Arbeitergemeinschaft ist in ihr lebendig. Der über-
wiegende Teil der englischen Arbeiterpartei,
aber weder ein sozialistisch-politisches Programm,
noch eine sozialistische Weltanschauung. Henderson fürchte
die Beziehungen zwischen den beiden, die sich
konkret zwischen Klassen und Parteien ergeben könnten,
als wünschenswert und gefährlich. Henderson hatte in
Russland augenscheinlich den bestimmten Eindruck be-
standen, daß man der englischen Regierung nicht traue,
daß aber die englische Arbeiterbewegung schließlich doch